

Laibacher Zeitung.



Nr. 60.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 6-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Dienstag, 14. März.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 2 kr.

1882.

Amtlicher Theil.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Zeichenlehrer am Staats-Realgymnasium in Krainburg Johann Franke und den k. k. Oberingenieur der Bezirkshauptmannschaft in Rudolfswert Josef Leinmüller zu Conservatoren der k. k. Centralcommission für Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale, und zwar beide für Krain, ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Rede Sr. Exc. des Herrn Justizministers.

Im Abgeordnetenhaus sprach in der Sitzung am 10. d. M. anlässlich der Fortsetzung der Specialdebatte über den Staatsvoranschlag 1882 Sr. Excellenz der Herr Minister und Leiter des Justizministeriums Dr. Pražák:

Sr. Excellenz sagte: Ich habe bereits in der Generaldebatte über einige Bemerkungen, welche mein Ressort berührt haben, mich ausgesprochen, und es mag mir das hohe Haus gestatten, dass ich noch auf einige Bemerkungen, theils aus der Generaldebatte, theils aus der Specialdebatte, welche über das Capitel: „Ministerrath“ gepflogen worden ist, etwas bemerke, ehe ich auf die Ausführungen beider Herren Redner, welche über das Justizbudget heute gesprochen haben, komme.

In der Generaldebatte, und zwar in der Sitzung vom 14. Februar 1882, hat Herr Graf Wurmbrand der österreichischen Justiz einen Vorwurf gemacht, der, wie ich glaube, nicht begründet ist; er sagte: Die Justiz ist an und für sich nicht billig. Die Zusammenstellung in Tabellen von Max Wirth zeige, dass die Justiz in Oesterreich theurer ist als in irgend einem anderen europäischen Staate mit Ausnahme von Preußen.

Nun möchte ich doch diese Bemerkung auf das richtige Maß zurückführen. Die Tabellen von Wirth sind bekannt aus seinem Werke, welches im Jahre 1876 erschien: „Oesterreichs Wiedergeburt aus den Nothwehen der Krisis.“ Diese Tabellen sind allerdings nicht in einer Methode zusammengestellt, wie sie wünschenswert ist, um ein richtiges Bild über die Zustände und Kosten der Justizverwaltung zu erhalten, abgesehen davon, dass die Daten, aus welchen die Kosten der Justizverwaltung nach den einzelnen Budgets von elf Staaten gegeben worden sind, nicht nach gleichen Prämissen zusammengestellt sind, um die Gesamtkosten der Justizpflege in den einzelnen Staaten darzustellen; abgesehen davon sind die Daten selbst nicht aus einem und demselben Budgetjahre, denn die Daten über die österreichische Justizpflege sind aus dem Jahre 1874, über die ungarische aus dem Jahre 1875, über die italienische aus dem Jahre 1873.

Die Kosten der Justizpflege sind nicht überall aus gleichen Factoren zusammengesetzt. Wirth geht so vor, dass er aus den Budgets der einzelnen Staaten die Kosten der Justizpflege vertheilt auf die Einwohnerzahl der betreffenden Länder, und danach glaubt er behaupten zu können, es sei die Justizpflege in einem Lande theurer als in einem anderen. Nun wurden in diesen Tabellen zum Beispiele im österreichischen Justizbudget nur die ordentlichen, im ungarischen die ordentlichen und die außerordentlichen Ausgaben gezählt.

Nicht alle Budgets der einzelnen Staaten enthalten die Kosten der Strafanstalten, die sehr bedeutende sind, sondern in manchen, wie in dem Budget Preußens und Italiens, sind diese Kosten im Budget des Ministeriums des Innern eingestellt. Auf diese Weise würden nun die Kosten der Justizpflege für Preußen und Italien noch höher sein.

Das wollte ich nur kurz bemerken, um zu zeigen, dass sich auf solche Daten hin eine Behauptung nicht begründen lässt.

Nun ist das nicht die einzige beweisliche Behauptung gewesen. Der Herr Abgeordnete hat auch angeführt, die Kosten des Rechtsstreites, die Processkosten, seien in Oesterreich sehr theuer; ohne Kosten ist wohl selten ein Process, und ich glaube nicht, dass man behaupten kann, dass die Processkosten in Oesterreich die theuersten sind; ich kenne Staaten, wo die Prozesse bedeutend theurer sind. Ich glaube,

dies gegen solche allgemein gehaltene Vorwürfe anführen zu sollen.

Der Herr Abg. Dr. Ruß ist abermals auf die vermeintlich ungleiche Behandlung der Presse wegen der Sprachenfrage zurückgekommen; er hat endlich die Aeußerung eines Staatsanwaltes gegen die sogenannte Verfassungspartei übelgenommen und dieser Aeußerung Maßlosigkeit vorgeworfen. Nun ist es endlich an der Zeit, dass über die Behauptungen, dass mit den Confectionen, mit der Anwendung des objectiven Verfahrens ungerecht und ungleichförmig vorgegangen wird, Beweise beigebracht werden. Ich habe mich nun veranlasst gesehen, aus den mir vorliegenden amtlichen Quellen einige Daten zusammenstellen zu lassen, woraus das hohe Haus entnehmen wird, dass der Vorwurf der ungleichen Behandlung der Presse gewiss ein ungerechtfertigter ist, wenigstens soweit er der jetzigen Regierung gemacht wird.

Von den im Jahre 1881 mit Beschlagnahme belegten inländischen periodischen Druckschriften entfallen im Oberlandesgerichtspräsidium Prag gerade auf jene Blätter, welche man nicht zu den oppositionellen rechnet, 224 Beschlagnahmen und auf jene Blätter, welche oppositionell sind, nur 150 (Hört! rechts); im Oberlandesgerichtspräsidium Brünn entfallen auf die nicht oppositionellen Blätter 23, auf die oppositionellen 30; in Graz auf die nicht oppositionellen 18, auf die oppositionellen 32 Beschlagnahmen; dass nun in den einzelnen Oberlandesgerichtspräsidien publicistische Organe, die früher der Hand des Staatsanwaltes weniger getroffen wurden, gegenwärtig in den letzten Jahren, wo die Wogen der Opposition und der politischen Bewegung hoch gehen, der Hand des Staatsanwaltes mehr unterliegen, ist wohl natürlich. Aber man kann unmöglich den Vorwurf einer ungleichen Behandlung der Presse, insbesondere nicht den einer Begünstigung einer der Regierung geneigten Presse durch die jetzige Regierung machen, mit Rücksicht auf die Daten, die ich mir erlaube vorzubringen, und noch auf weitere Daten, wenn ich constatire, wie oft einzelne Zeitungen seit ihrem Bestande bis zu Ende des Jahres 1881 mit Beschlagnahme belegt worden sind.

So ist es (liest) bei der „Deutschen Zeitung“ seit dem Jahre 1870 58mal geschieden (Hört! links), bei der „Neuen freien Presse“ seit dem Jahre 1864 61mal. Wenn dagegen die Beschlagnahmen bei anderen größeren Blättern, die in Böhmen erscheinen, genommen werden: „Pötkrof“ wurde seit 1869 165mal, „Národní Listy“ seit 1860 226mal, endlich die „Politik“ seit dem Jahre 1862 512mal mit Beschlagnahme belegt. Nun möchte ich aber von denselben Blättern die Anzahl der Beschlagnahmen, welche in den letzten zwei Jahren erfolgt sind, anführen; es ist bei der „Deutschen Zeitung“ geschieden, dass sie 24mal mit Beschlagnahme belegt wurde, und bei der „Neuen freien Presse“ 20mal, beim „Pötkrof“ 15mal, bei den „Národní Listy“ 36 und bei der „Politik“ 30mal. Ich wollte nur mit diesen Daten zeigen, dass der Vorwurf einer ungleichmäßigen Behandlung der Presse gewiss ein unberechtigter ist. (Bravo! Bravo! rechts.) So lange das objective Verfahren besteht, wurde es, wie die verehrten Herren sehen, von allen Regierungen in Anwendung gebracht und dies namentlich gegen die Blätter der Opposition in einem nicht geringeren Maße.

Der Herr Abg. Dr. Ruß hat auch eines Falles erwähnt, wo sich ein Staatsanwalt gegen die Verfassungspartei in einer Weise ausgelassen haben soll, die allerdings, wenn die Worte so gesprochen worden wären, wie sie angegeben worden sind, nicht in der Ordnung gewesen wäre. Indessen kann ich mich darüber heute noch nicht aussprechen, weil ich vorläufig nur die Aeußerung des Staatsanwaltes vorliegen habe, welche mit Bestimmtheit behauptet, dass die Worte, wie sie in der „Bohemia“ stehen und wie sie von dem Herrn Abgeordneten Dr. Ruß gelesen worden sind, aus ihrem Zusammenhange gerissen worden sind und dass es auch nicht durchaus dieselben Worte sind, welche er gesprochen habe. Es war bei der Einspruchsverhandlung über die Beschlagnahme einer Zeitschrift, der „Abwehr“, welche in Warnsdorf erscheint, außer dem Richter nur der Staatsanwalt, der Einspruchswerber und sein Verteidiger anwesend. Ich werde die Angelegenheit weiter verfolgen, um mir ein endliches Urtheil zu bilden. Aber das kann ich sagen, dass, wenn die Ausführungen des Einspruchswerbers

und des Verteidigers so waren, wie sie der Staatsanwalt angegeben hat, ihm nicht zu verargen ist, dass er etwas heftiger geworden ist.

Der Herr Abg. Dr. Ruß, der manchmal bewiesen hat, dass er einen selbständigen Weg gegenüber seinen politischen Freunden geht, hat aber in seine Rede über die Sprachenfrage einen Passus aufgenommen, von dem ich gestehen muss, dass ich ihn eigentlich als den Beginn einer Gefundung in diesem bedauerlichen Sprachenstreite ansehe. Wörtlich sagte er: „Wir Deutschen in Böhmen sind bereits dem Standpunkte nahe, dass wir verzichten auf die deutsche Sprache in Schule und Amt in czechischen Bezirken. Man lasse uns nur in unseren deutschen Bezirken mit der zweiten Sprache in Ruhe.“ Und an einer anderen Stelle: „Die Deutschen würden einverstanden sein, in czechischen Bezirken Schule und Amt vollständig czechisch zu lassen. Die Deutschen würden sich zurechtfinden wissen, man lasse uns Deutschen aber in unseren rein deutschen 77 Gerichtsbezirken doch auch unsere rein deutsche Amtierung und rein deutsche Schule. Ich glaube, das ist keine Ungerechtigkeit, das ist kein Zwang, den wir üben. Aber ich wünsche, wenn kein von Liberalismus und wahrer Freiheit sprechen, verstehen sie doch die wahre Freiheit einmal so, und ich glaube nicht, dass irgend einer der Deutschen dagegen etwas einzuwenden haben wird.“

Nun ich gestehe, dass das auch ein Standpunkt ist, der theilweise im anderen Lager eingenommen wird, der aber, wenn man ihn auch nicht theilt, jedenfalls Zeugnis davon gibt, dass diejenigen, die ihn einnehmen, die Gleichberechtigung so verstehen, dass sie sagen: „Was für eine Sprache unter denselben Verhältnissen recht ist, muss auch für die anderen unter denselben Verhältnissen gelten.“ Es liegt darin das Bestreben, in Böhmen einen Zustand herbeizuführen, dass die deutschen Bezirke gegenüber den böhmischen ungefähr gestellt seien, wie Südtirol zu Nordtirol. Das Verhältnis in Süd- und Nordtirol ist ein Resultat, welches sich durch einen jahrhundertelangen Process herausgebildet hat. Die beiden Nationen waren dort nicht in einer solchen Beziehung, Wechselwirkung und Verbindung, wie in Böhmen die Deutschen und Slaven, und ich habe Kenntnis davon, dass es von dem überwiegenden Theile sowohl des böhmischen als des deutschen Volkes für kein Glück angesehen würde, wenn ein Zustand herbeigeführt würde, wie er geschildert wird, nämlich eine scharfe Scheidung nach Sprachgrenzen, wenn der Böhme nicht im ganzen Lande sein Recht in böhmischer Sprache und der Deutsche nicht im ganzen Lande sein Recht in deutscher Sprache finden würde. (Sehr richtig! rechts.) Aber immerhin ist das, was Herr Dr. Ruß ausgesprochen hat, die Art der Durchführung des Principes in seiner Consequenz: die Anerkennung des Rechtes des anderen, und es ist nur nothwendig, dass sich die edlen Geister in Böhmen auf beiden Seiten von beiden Nationalitäten verständigen.

Es ist unmöglich, dass in dem Lande, wo die beiden Volksstämme so lange friedlich neben einander lebten, die Verständigung nicht erfolgen werde. Müsste sie in der Weise erfolgen, wie es Herr Dr. Ruß angegeben hat, dann müsste man dies wohl bedauern; aber allerdings, wenn das ganze Volk, sowohl die Deutschen als die Böhmen, die Idee erfassen würden, sich nur auf diese Weise zu verständigen, wäre es schwer, einem solchen Zustande entgegenzutreten. (Bravo! rechts.) Aber ich halte es für die Pflicht, gerade eine solche Lösung der Sprachenfrage in Böhmen nicht aufkommen zu lassen.

Was den Herrn Abg. Kulaczowski betrifft, so hat derselbe schon in der Debatte über das Capitel „Ministerrath“ den jetzt in Lemberg in Verhandlung stehenden Strafprocess wegen Hochverrathes zum Gegenstande von Auslassungen genommen, die ich deshalb bedauern muss, weil es nicht gut ist, eine Angelegenheit, die eben in den Händen des, wie er selbst zugeben muss, unbefangenen, objectiven Richters ist, in einer Weise zu erörtern, die die nationalen Leidenschaften erweckt. Wenn er an mich appelliert hat, es möge dieser Process rasch zu Ende geführt werden, so kann er versichert sein, dass von Seite der Regierung alles Mögliche dazu geschieht wird; auch darüber kann er beruhigt sein, dass diejenigen, welche untersucht werden, nicht von Richtern untersucht werden, die ihrer Sprache nicht mächtig sind.

Ich habe darüber sofort, als der Herr Abgeordnete Kulaczowski in einer frühern Sitzung gesprochen hatte, mir berichten lassen, und ich kann sagen, daß der Präsident des Oberlandesgerichtes, der ein Mann ist, welchen, wie ich weiß, alle Parteien des Landes hochachten, versichert, daß die Untersuchungsrichter, in Wort und Schrift der ruthenischen Sprache mächtig sind. Allerdings muß ich leider sagen, daß in der ruthenischen Bevölkerung selbst über die Anwendung der Sprache und Schriftzeichen in der letzten Zeit ein solcher Widerstreit entstanden ist, daß es in der That wünschenswert ist, daß die Frage ausgetragen werde; es ist eine Frage, die allerdings zunächst unter den Literaten ausgetragen werden muß. Daß die Eingabe, von welcher der Herr Abgeordnete erwähnt hat, nämlich jene der Frau Leonore Dobrzanska, daß sie ruthenisch war — diese Eingabe liegt mir vor — nicht in einer Sprache abgefaßt war, die allgemein als ruthenisch angenommen wird, geht aus der mir vorliegenden Bestätigung des Dolmetsch, dessen Persönlichkeit ich nicht weiter kenne, hervor, in der es heißt, daß sie „in einer verdorbenen russischen Sprache“ abgefaßt ist. (Hört! Hört! rechts.)

Ich bedauere, daß das hohe Haus mit solchen Angelegenheiten, die doch aus diesem Anlasse nicht vor sein Forum gehören, in einem zu weiten Umfange, wie ich glaube, in Anspruch genommen wird. Es ist ein bedauerliches Factum, welches sich alle Jahre wiederholt, daß leider die Abgeordneten aus Galizien, polnischer und ruthenischer Nationalität, in der nationalen Frage in diesem hohen Hause sich entgegenstehen.

Ich glaube auch, daß es der unausgesetzten Einwirkung und Mäßigung patriotischer Männer beider Nationalität gelingen wird, endlich einmal das Herbe dieser Frage aus der Welt zu schaffen. Aber wenn der Herr Abgeordnete Kulaczowski eine Bemerkung gemacht hat, welche darauf hindeuten könnte, daß die von dem Strafgerichte in Lemberg geführte Untersuchung etwa ein Tendenzprocess sei, wie er sagte, die Richter sind nicht spontan eingeschritten, dann muß ich dies auf das entschiedenste zurückweisen. Es ist allerdings möglich, daß irgend eine Thatsache, die Gegenstand der strafgerichtlichen Untersuchung wird, nicht unmittelbar dem Richter zur Kenntnis komme; dazu ist ja die Sicherheitsbehörde, die Polizei und Staatsanwaltschaft da; die Bemerkungen des Abgeordneten sind eine Verkennung des Standpunktes, den das Gericht hier einnimmt. Ich kann nur wiederholen, daß in dieser Angelegenheit nicht nur schnell, sondern gewiß objectiv vorgegangen werden wird, und kann es nur wünschen, daß jene Verdachtsgründe, welche das Gericht bestimmt haben mußten, die Untersuchung einzuleiten, in einem Sinne gelöst werden, welcher Recht und Wahrheit zum Durchbruche wird kommen lassen.

Wenn der Herr Abgeordnete Kulaczowski, ohne die Namen zu nennen, behauptet, daß es Gerichte gebe, die nicht mit dem nöthigen Pflichteifer und der nöthigen Objectivität vorgehen, daß sie Vorladungen, ich weiß nicht ob zu Tagessitzungen oder anderen Verhandlungen, auf hohe Feiertage angeordnet haben, so kann ich ihn versichern, daß ich, so weit ich nach den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Kulaczowski nur kann und mir zulässig erscheint, diese Bemerkungen zum Anlasse nehmen werde, diese Thatsachen zu erheben; mir gegenüber braucht der Herr Abgeordnete Kulaczowski sich nicht auf den Standpunkt nominant odiosa zu stellen. Ich bitte ihn, mir die Namen zu nennen, weil es dann meine Pflicht sein wird, zu untersuchen, inwieweit seine Anschuldigung gerecht war oder nicht. Ich werde gewiß im Falle einer gerechten Beschwerde Abhilfe treffen. (Bravo! Bravo! rechts.)

Auch der Herr Abgeordnete Dr. Menger hat die Sprachenfrage zum Anlasse genommen, auf Schlesien hinzuweisen, wahrscheinlich nur, weil er fürchtete, daß auch in Schlesien den Wünschen der Bevölkerung, welche sich an die Regierung gewendet hat, Rechnung getragen wird. Ich kann auch versichern, daß das geschehen wird. (Bravo! Bravo! rechts.) Wenn man aber von Richtern spricht, welche in Schlesien der deutschen Sprache kaum mächtig sind, dann muß ich sagen, daß dies eine Insinuation ist, die gewiß unrichtig ist. Denn ich kann versichern: gerade nach Schlesien wurden, nachdem sich die Sprachenverhältnisse dort in der Weise gestalten, daß beinahe die Hälfte der Bezirke deutsch oder überwiegend deutsch ist, Richter für solche Bezirke verwendet, welche der böhmischen Sprache weniger mächtig sind, aber gewiß ist es nicht der Fall, daß es in deutschen Bezirken Richter gibt, welche nicht gut der deutschen Sprache mächtig sind, weil man Richter, die neben der deutschen die anderen Landessprachen kennen, gut in sprachlich gemischten oder slavischen Bezirken verwenden kann.

Der Herr Abgeordnete Dr. Kronawetter hat sich über die Einrichtungen der Strafanstalten ausgelassen und insbesondere darüber, daß der Socialist Kraus in der Strafanstalt Gollersdorf mit Räubern und ähnlichen Sträflingen zusammengebracht wurde, und er glaubte, daß jemand, der wegen eines politischen Delictes bestraft wurde, doch eine andere Behandlung erfahren sollte.

Ich muß nun darauf bemerken, daß in Gollersdorf überhaupt nicht politische Verbrecher interniert werden. Aus dem Sprengel des österrösterreichischen, des tirolischen und steierischen Oberlandesgerichtes werden sämtliche wegen politischer Delictes abgeurtheilte Sträflinge in der Strafanstalt Suben untergebracht. Nach Gollersdorf werden nur jene Sträflinge des Wiener Landesgerichtes gebracht, welche ohne Unterschied, ob sie rückfällig oder zuerst bestraft sind, eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu einem Jahre zu verbüßen haben, während diejenigen, welche eine längere Strafe bis zu zehn Jahren zu verbüßen haben, nach Stein kommen. Es ist daher nicht richtig, daß in Gollersdorf Kraus mit Räubern beisammen war, weil gerade dorthin nur minder gravierte Sträflinge kommen. Auch wurde Kraus nicht wegen eines Delictes, welches als politisches Delict gilt, abgeurtheilt, und er wurde überdies, wie vielleicht auch dem Herrn Abgeordneten bekannt sein wird, nachdem er acht Monate seiner Haft verbüßt hatte, durch einen Gnadenact aus der Haft entlassen.

Der Herr Abg. Oberndorfer endlich fordert die Regierung auf, mit der Humanität in den Strafanstalten aufzuräumen. (Heiterkeit.) Er sagte: „Ich möchte der Regierung zu bedenken geben, daß man endlich einmal mit der Humanität der Strafhäuser aufräumen solle, damit diesen Leuten die Lust zur Wiederkehr in dieselben verleidet werde, und daß man in den Strafhäusern nicht dafür sorgen sollte, daß sie mit einem Stück Geld aus der Strafanstalt entlassen werden, daß sie nachher bloß das für sich zum Unterhalte genießen dürfen, was sie in der Strafanstalt verdient haben.“

Nun möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß es mit der gar so verschwenderischen Behandlung, was die Kost betrifft, in den Strafanstalten doch nicht so bestellt ist, wie man irrig annimmt. Ich constatire nämlich, daß für Kost und Brot die täglichen Kosten sich im Jahre 1880 auf 14.43 kr. stellen, was wohl gewiß nicht ein übermäßiger Luxus ist. (Heiterkeit.) Allerdings haben die Kosten noch im Jahre 1877 21.63 kr. betragen, im Jahre 1878 betragen sie 20.76 kr., im Jahre 1880 sind sie dann auf 14.43 kr. gefallen, nicht etwa, weil man den Sträflingen eine schlechtere Kost gegeben hat, sondern vorzugsweise, weil es gelungen ist, durch theilweise billigere Beschaffungsverträge, welche ich am liebsten ganz entbehrlich machen möchte, namentlich aber durch die theilweise Einführung der eigenen Kostregie, welche die Justizverwaltung möglichst allgemein einzuführen wünscht, eine Verminderung der Kosten zu erzielen. Die Justizverwaltung wird auf diesem Wege fortfahren, und ich hoffe, daß auch die Administrations-Auslagen, welche immer noch etwas größer sind, als sie z. B. in Preußen sind, sich auch verringern werden. Denn die Kosten eines Sträflings im Jahre 1870 für Gehalte der Beamten, Ueberwachungs-Auslagen, Kleidung, Verpflegung, Beleuchtung und Heizung betrug 196 fl. 80 kr. per Jahr, per Tag daher 53.91 kr., und wie ich mir zu bemerken erlaube, macht die Kost verhältnismäßig dabei das Wenigste aus, denn sie beträgt nur 14.43 kr. per Tag. Was den Arbeitsverdienst anbelangt, bezifferte sich derselbe im Jahre 1880 mit 482,051 fl., und von diesem Arbeitsverdienste entfielen auf den Staatsanteil, 326,839 fl., während der Antheil der Sträflinge 145,185 fl. betrug. Jedenfalls also ist der Sträfling, der in der Anstalt zum Arbeiten angehalten wird, in der Lage, bei seiner Entlassung einen kleinen Verdienst mitzunehmen. Da es eine Hauptaufgabe der Strafanstalt ist, den Sträfling zu bessern, so ist dieses eine Aufgabe der Humanität, und die Staatsverwaltung muß bedacht sein, daß die Sträflinge der Anstalt als nützliche Individuen der menschlichen Gesellschaft verlassen können. Wenn der Sträfling fleißig war, kann er sich auch etwas verdienen, und es ist gewiß wünschenswert, daß er bei seiner Entlassung aus der Anstalt einen kleinen Fonds besitze, um mit demselben arbeiten zu können.

Was nun den geehrten Herrn Abg. Dr. Bošnjak betrifft, der sich heute in etwas erregter Weise ausgesprochen hat über die Durchführung der Gleichberechtigung in Krain, so kann ich allerdings nur bedauern, daß bisher nicht dasjenige erreicht worden ist, was ich anstrebe. Ich möchte in der Richtung nur darauf hinweisen, was ich in der letzten Beantwortung der Interpellation gesagt habe, und auf die letzten Bemerkungen, die ich in der Generaldebatte gemacht habe.

Der Herr Abg. Dr. Bošnjak möge nicht vergessen, daß man es da mit unabhängigen Richtern zu thun hat, welche nach ihrer Ueberzeugung urtheilen, und daß, was den Oberlandesgerichts-Präsidenten Ritter von Waser betrifft, dem ich als Richter das Zeugnis eines Ehrenmannes geben muß, derselbe nicht derjenige ist, der in dieser Angelegenheit allein seine Ansicht geltend machte, sondern daß es das Grazer Oberlandesgericht ist, welches in seiner Judicatur selbstständig vorgeht, wenn es auch so wie sein Präsident zu meinem Bedauern in der Anwendung der Gesetze und Verordnungen in der Sprachenfrage theilweise einen Standpunkt einnimmt, den ich nicht für richtig halte.

Soweit es an mir liegt, werde ich es an Belehungen gewiß nicht fehlen lassen, und wenn der Herr Abgeordnete glaubt, daß sich solche Angelegenheiten im Handumdrehen machen lassen, so irrt er sich. Ich werde gewiß mit Consequenz darauf bestehen, daß die sprachliche Gleichberechtigung dort durchgeführt werde, wo dies bisher noch nicht der Fall ist, und ich habe mir schon früher erlaubt zu bemerken und wiederhole es hiemit, daß, wenn ich die Ehre haben sollte, in dieser Richtung einzuschreiten, es mir wahrscheinlich bevorzugen wird, dem hohen Hause einen Gesetzentwurf vorzulegen (Bravo! Bravo! rechts), welcher die Zweifel und Bedenken, welche bisher bei der Auslegung einzelner Verordnungen oder Gesetze in der Frage der sprachlichen Gleichberechtigung vor den Gerichten bestanden, lösen wird. Das habe ich über diese Angelegenheit bemerken wollen. (Beifall rechts.)

Wien, 10. März.

(Orig.-Corr.)

Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß bei der Berathung des Unterrichtsbudgets die Linke sich eine unerwartete Reserve auferlegte, obwohl deren Organe angekündigt hatten, daß bei dieser Gelegenheit die Schulgesetznovelle zur Sprache gebracht werden würde. Man geht kaum irre, wenn man diese Reserve der Entmuthigung zuschreibt, welche im Lager der Opposition durch die Wahlreform hervorgerufen wurde. Die Erweiterung des Wahlrechtes offen zu bekämpfen, erscheint der Partei nicht rathsam, und der Weg der „kleinen Mittel“ zeigt sich aussichtslos. Man braucht nur die Aeußerungen der oppositionellen Blätter zu lesen, um den Eindruck zu ermessen, den das unerwartete Auftauchen der Wahlreformfrage hervorrief. Unerwartet kam sie freilich nur der Linken, denn die Regierung wie die deutsch-conservative Partei hatten die Frage schon lange erwogen. Was übrigens die Schulgesetznovelle betrifft, so täuscht sich wohl die Linke, wenn sie glaubt, die Bevölkerung sei mit ihr einverstanden in der Bekämpfung derselben. An einen reactionären Charakter dieser Novelle glaubt niemand, der die Vorlage geprüft hat, wohl aber hilft sie Beschwerden ab und trägt Wünschen Rechnung, welche aus allen Kreisen, auch aus jenen, welche oppositionelle Abgeordnete wählten, laut wurden. Da die Vorlage zuerst an das „Schulfreundliche“ Herrenhaus kam, so liegt darin schon eine gewisse Bürgschaft, daß das Gesetz das Wesen der Volksschule nicht im geringsten tangieren wird.

In der heutigen Sitzung brachte der Finanzminister die Vorlage betreffs Bedeckung des Deficits ein. Es wird Papierrente emittiert, und sind hiebei dieselben Gründe maßgebend, welche auch der ungarische Finanzminister im Pester Abgeordnetenhaus für die Wahl der Papierrente anführte, und welche von der ganzen Finanzwelt als richtig anerkannt wurden. Die letztere hat gestern eine kleine Ueberraschung erlebt, nämlich ein Communiqué über die Bilanz der Länderbank, welche ganz außerordentlich günstig erscheint; so daß selbst die „Neue freie Presse“, das Organ jener Partei, welche diese Bank im Parlamente bekämpfte, zu einem Bewunderungs-Artikel sich hinreißen ließ. Erwähnenswert ist, daß daselbe Blatt, welches kürzlich behauptete, Deutschland würde uns in einem russischen Kriege nicht unterstützen, zu der gegentheiligen Ansicht gelangt ist, welche allerdings von der ganzen Welt getheilt wird.

Reichsrath.

208. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 10. März.

Der Herr Präsident Dr. Smolka eröffnet um 11 Uhr 5 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr von Biemalowski, Graf Falkenhayn, Dr. Pražák, Dr. Ritter von Dunajewski und Freiherr von Pino.

Se. Excellenz der Herr Finanzminister Dr. Ritter von Dunajewski übermittelt in einer Zuschrift zum Voranschlag und zum Finanzgesetze für 1882 zwei Nachtragsvorlagen, betreffend die Aufnahme des außerordentlichen Erfordernisses zur Durchführung jener militärischen Maßnahmen, welche behufs Unterdrückung der im Süden der Monarchie und im Occupationsgebiete ausgebrochenen Bewegung nothwendig geworden sind, in den Voranschlag für 1882, und weiters, betreffend die Abänderung des Art. 8 des Entwurfes des Finanzgesetzes für 1882. (Bedeckung des Deficits.)

Unter den eingelaufenen Petitionen erwähnen wir: die Petition einiger Gemeinden in Krain um gesetzliche Einführung der slovenischen Sprache bei den Gerichten und Errichtung eines Oberlandesgerichtes in Laibach; die Petitionen mehrerer Gemeinden in Schlesien um Durchführung der sprachlichen Gleichberechtigung in Schule und Amt.

Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Specialdebatte über den Staatsvoranschlag für 1882. (Etat des Ackerbauministeriums.)

Es gelangt zur Verhandlung Titel 3 des Erfordernisses und der Bedeckung, „Landeskultur“.

Zu diesem Titel sind als Redner eingetragen, und zwar gegen: die Abgeordneten Neuffer, Dr. Monti und Obratschaj; für: die Abgeordneten Ruf und Färnkranz.

Abg. Neuffer empfiehlt die Einstellung höherer Subventionen noch für das laufende Jahr.

Abg. Ruf erörtert, dass die bisherigen Versuche zur Hebung des Bauernstandes resultatlos blieben, weil man dabei stets vom politischen Standpunkte ausgegangen sei.

Se. Excellenz der Herr Ackerbauminister Graf Falkenhayn:

Hohes Haus! Es ist eine missliche Sache für einen Minister, dass er, so wie es in der Geschäftsordnung begründet ist, bestrebt sein muss, so bald als möglich das, was gesprochen worden ist, zu resumieren, obwohl er eigentlich gar nicht mehr in der Lage ist, auf die verschiedenen Hauptwürfe und Einwürfe und Vorwürfe, die von den Generalrednern vorgebracht werden, zu antworten. Ich muss also, nachdem ich gehört habe von dem Herrn Präsidenten, dass jetzt der Antrag auf Schluss der Debatte gestellt werden soll, auch jetzt schon die wenigen Bemerkungen machen, die ich eben zu machen habe, und über das später Vorgebrachte mit Stillschweigen hinweggehen, weil ja die Debatte nicht wieder eröffnet werden kann.

Ich muss vor allem meine Befriedigung darüber constatieren, dass von beiden Seiten des hohen Hauses anerkannt und gewünscht wird, dass die Landwirtschaft eine genügende und ausreichende Unterstützung auch von Seite des Staates finde.

Ich kann aber nichtsdestoweniger nicht umhin, zu versichern, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine weitere Erhöhung dieser Subvention mir unthunlich erscheint. Dieselbe ist ohnehin im vorigen Jahre gegenüber früheren Jahren um eine ziemlich bedeutende Summe hinausgesetzt worden, und wurde auch heuer beim Einbringen des Budgets die gleiche Ziffer beibehalten. Weiter, wie gesagt, konnte ich nicht gehen.

Wenn der geehrte Herr Abg. Neuffer darauf hingewiesen hat, dass die Unterstützungen, welche man Galizien gewährt hat, sehr groß seien, und dass es viel besser wäre, dieselben Mähren zu gewähren — dadurch würde Galizien subventioniert — so muss ich ihm doch als praktischem Landwirte die Frage nahelegen, ob er nicht glaubt, dass in Bezirken, wie in Galizien, welche unmittelbar an der Grenze gelegen sind, über die dieselben seit Menschengedenken, seit eben gewirtschaftet wird, immer ihren Bedarf an Vieh bezogen haben, eine wesentliche Noth an Vieh eintritt, wenn plötzlich die Grenze gesperrt wird? Wie stellt sich der Herr Abgeordnete die Unterstützung vor, die jenem Theile dadurch gewährt werden soll, dass der Viehzucht in Mähren aufgeholfen wird? Ich könnte mir dies nur dann erklären, wenn Mähren eine gewisse Anzahl von Vieh an jene Gegend umsonst abgeben würde; denn sonst ist ja für Galizien eine Unterstützung nicht vorhanden. Die Unterstützung, die Galizien vom Ackerbauministerium gewährt wird, besteht in Geld und nicht in Vieh, um durch die Geldunterstützung der dortigen Bevölkerung die Möglichkeit zu verschaffen, sich das notwendige Vieh, sei es in Mähren oder es anderswo zu kaufen. Ich kann doch unmöglich eine Gegend auf irgend eine Weise unterstützen, ohne ihr selbst etwas zu geben.

Der geehrte Herr Abgeordnete hat auch über die Verhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung einiges gesagt, was ich doch nicht ganz unerwidert lassen kann.

Er sagte — dies waren ungefähr seine Worte: „Die Regierung schmeichelt der Landbevölkerung und legt ihr zugleich tüchtige Lasten auf.“ Nun ich muss gestehen, dass mir diese Art Schmeichelei neu ist, denn bisher wenigstens hat niemand, dem man in den Saft gegriffen hat, darin eine Schmeichelei, sei es auch nur die zarteste, erblickt. Ich kann in dieser Richtung nur Folgendes bemerken: Wir haben eine bestimmte Situation vorgefunden, die wir nicht geschaffen haben, mit der wir aber unbedingt rechnen mussten. Diese bedingte, dass die Lasten auf manche Art vermehrt wurden, um in späterer Zeit dieselben Lasten vielleicht geringer machen zu können.

Dass aber außerdem nichts geschehen sei, muss ich wirklich ablehnen, denn dort, wo wir es für unbedingt notwendig gefunden haben, neue Lasten aufzulegen, haben wir doch auch immer dafür gesorgt, wo möglich den Leuten Geld in den Taschen zu lassen.

Ich will mich da nicht des weiteren ausbreiten über die Absichten oder das Programm der Regierung, sondern ich will nur die zwei Gesetze nehmen, die in diesem hohen Hause seit langer und längerer Zeit in Berathung stehen: das Commassations-Gesetz und das Meliorations-Gesetz. Die geehrten Herren werden mir gewiss zugeben, dass beide darauf abzielen, dass theilweise eine bessere Ordnung in der Wirtschaft geschaffen, andererseits Gründe vor Verwüstungen geschützt oder Gründe amelioriert oder ganz neu in Cultur gebracht werden. Dadurch wird der Landbevöl-

kerung, der größere Lasten auferlegt worden sind, die Möglichkeit wiedergegeben, ein größeres Stück von dem, was sie an Grund und Boden erwirbt, für sich behalten zu können.

Ich schließe, wie gesagt, mit warmem Danke an beide Seiten des hohen Hauses, diese Summe nicht nur bewilligen, sondern sogar noch in höherem Maße bewilligen zu wollen, und kann aber, wie gesagt, leider vorderhand eine Zusage in dieser Richtung, nämlich in einer Vermehrung der Subventionen, nicht machen, obwohl ich ganz gewiss damit einverstanden bin, dass dieses Geld keine Verschwendung wäre, wenn ich auch das nicht zugebe, dass das Nichtbewilligen desselben ein Geizen involviert. (Beifall.)

Der Schluss der Debatte wird beantragt und angenommen.

Abg. Obratschaj bespricht die Flussregulierungen in Schlesien und bedauert, dass zur Hebung der durch Wasserverheerungen daselbst angerichteten Schäden kein Betrag ins Budget eingestellt sei.

Abg. Färnkranz beantragt eine auf die stricte Durchführung des Neblaus-Gesetzes bezügliche Resolution.

Titel 3—5 werden sodann angenommen.

Titel 6 wird, nachdem Abg. Graf Mieroszewski die Errichtung einer montanistischen Mittelschule in Krakau an der dort bereits bestehenden Staatsgewerbeschule empfohlen, angenommen.

Die Titel 7—10 werden ohne Debatte angenommen.

Zu Capitel 29, Titel 1, „Forst- und Domänenwesen“, empfiehlt Abg. Blas den Ausbau der Kremsthalbahn, worauf dieser und die folgenden Titel des Ackerbau-Stats angenommen werden.

Es folgt die Berathung des Stats des Justizministeriums.

Zu Titel 1, „Centralleitung“, spricht Abg. Kulaczowski, beschwert sich über die Zurücksetzung der Ruthenen und polemisiert gegen die dieselben vielfach verdächtigende und verletzende Rede des Abgeordneten Hausner vom 25. v. M.

Abg. Dr. Bošnjak bringt die Beschwerden vor, welche über die Zurückdrängung und Beiseite-Setzung der slovenischen Sprache in der Rechtspflege erhoben worden, und belegt diese Beschwerden mit einem neuesten Erlasse des Grazer Oberlandesgerichtes, worin die durch ein Bezirksgericht erfolgte Zurückweisung der slovenischen Klageschrift eines Advocaten bestätigt wurde. Der Redner erinnert an die gesetzlichen Bestimmungen über Gerichts- und Amtssprache, an seine eigenen früheren Interpellationen in dieser Angelegenheit und an die Antworten, die er darauf noch in jüngster Zeit vom Ministertische erhalten habe, Antworten, mit denen das Vorgehen des Grazer Oberlandesgerichtes in flagrantem Widerspruche stehe, dass dieses letztere überhaupt gegen die staatsgrundgesetzliche Gleichberechtigung und überdies gegen eine Reihe bestehender Gesetze und Verordnungen älterer und neuerer Zeit verstoße, sucht der Redner ausführlich und mit Anführung specieller Fälle nachzuweisen. Advocaten, führt er aus, haben das Recht, in slovenischen Bezirken slovenische Eingaben einzureichen, auch wenn sie recht gut deutsche abfassen könnten; so sei es ja auch in Böhmen und Mähren der Fall. Ein Volksstamm dürfe nicht durch das Belieben oder die Gesetzesauslegung des Gerichtes um die Rechte seiner Sprache gebracht werden. Was die Deutschen, wie der Abg. Herbst bei einer Gelegenheit ausgeführt, für sich fordern, dürfen die Slovenen auch verlangen. (Bravo! rechts.)

(Darauf ergriff Se. Exc. Minister Dr. Pražák das Wort zu einer längeren Ausführung, die wir an der Spitze der heutigen Nummer mittheilen. — Anm. der Red.)

Vom Insurrections-Schauplatze.

(Officiell.)

Der Truppenabtheilung, welche unter dem Befehle des G.M. Sekulich von Gallo aus gegen die Zagorje-Insurgenten vorging, hatte sich, wie aus Rostar berichtet wird, auf Geheiß der Landesregierung auch ein politischer Beamter angeschlossen, dessen Aufgabe es war, Daten über Umfang und Natur des Aufstandes zu sammeln. Es ergab sich, dass die übertriebensten Vorstellungen von der Grausamkeit und Gewaltthätigkeit der Truppen vorhanden waren und wesentlich mit dazu beigetragen hatten, die Reihen der Insurgenten zu heben. Umso drastischer äußerte sich die Wirkung, welche die vortreffliche Manneszucht der Truppen bei der erstaunten Bevölkerung hervorrief. Es stellte sich sehr bald ein gemüthlicher Verkehr ein, der seinen überzeugendsten Ausdruck vor allem in der Thatsache fand, dass die Weiber binnen kurzem mit Vorräthen an Lebensmitteln hervorrückten, die sie den Soldaten zum Tagespreise verkauften. Einige Eingeborne hatten sich freiwillig erboten, belehrend auf ihre Landsleute einzuwirken, und sie thaten es mit unverkennbarem Erfolge. Es stellte sich dabei heraus, dass der Aufstand auch durch lächerliche Vorpiegelungen einer von auswärts zu erwartenden Hilfe genährt worden war, an die der Glaube nach und nach zu schwinden und einer überaus heilsamen Enttäu-

schung und Ernüchterung Platz zu machen beginnt. Die überwiegend orthodoxe Bevölkerung der Gegend unterhalb der Biduša Planina, welche durch die Raubzüge der dort angesammelten Insurgenten nicht wenig zu leiden hatte, ist dem Beispiele der Katholiken des Popovo Bosje gefolgt und beginnt sich dem Terrorismus und der systematischen Ausraubung gewaltsam zu widersetzen. Serdar Kaladjic, der in diesem Landstriche großes Ansehen genießt, hat die wehrfähigen Männer zu Panduren formirt, die selbst für ihre Sicherheit sorgen. Auch anderwärts fängt man an, freiwillige Ortswachen zum Schutze gegen Brandstiftung und Raub zu formieren.

Aus Petersburg

wird unterm 10. März der „Pol. Corr.“ gemeldet: Großfürst Wladimir und seine erkrankte Gemahlin, die Großfürstin Maria Pawlowna, werden die Reise nach Palermo, sofern die erfreulichen Fortschritte in dem Befinden der hohen Kranken keine Unterbrechung erfahren, zwischen dem 15. und 20. d. M. antreten. Jeder officieller Empfang in Wien wird mit Rücksicht auf den leidenden Zustand der Großfürstin unterbleiben. In russischen Hofkreisen constatirt man mit lebhaftem Dankgeföhle, dass Se. Majestät der Kaiser Franz Josef, der sich während der Krankheit der hohen Patientin nach deren Befinden wiederholt so wohl direct beim Großfürsten Wladimir als im Wege der St. Petersburger Botschaft erkundigen ließ, dem großfürstlichen Paare ein Absteigequartier in der Hofburg angetragen und die zart sinnige Anordnung getroffen hat, dass der erkrankten Großfürstin die zur Krankenbeförderung bestgeeigneten Hofwaggons bis an die russische Grenze entgegengesendet werden und ihr auch auf den italienischen Bahnlmnen zur Verfügung bleiben, bis der Hafen, wo sie sich zur Ueberfahrt nach Sicilien einschiffen, erreicht ist.

Tagesneuigkeiten.

— (Neuer Planet.) Der Adjunct der Wiener Sternwarte Herr Johann Palisa hat in der Nacht vom 9. auf den 10. d. M. abermals einen neuen Asteroiden, bereits den dritten im Laufe dieses Jahres, entdeckt und, wie folgt, beobachtet: März 9.: 10 Uhr 1 Min. 27 Sec. mittlere Wiener Zeit. Scheinbare AR. 11 Uhr 10 Min. 30.76 Sec. Scheinbare Decl. 8° 12' 52.2" nördlich. Tägliche Bewegung: 47 Zeitsecunden westlich und 4 1/2 Bogenminuten nördlich. Das neue Gestirn hat die Helligkeit eines Sternes 13. Größe.

— (Gegen schlechte Bierdruck-Apparate.) Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Verordnung des Ministeriums des Innern und des Handelsministeriums über die Einrichtung, Handhabung und Reinigung der beim Bierauschank in Verwendung kommenden Luftdruck-Apparate (pneumatische Bierdruck-Apparate), durch deren unzuverlässige oder nachlässige Einrichtung und Behandlung häufig der Wert des Bieres als Nahrungs- und Genussmittel beeinträchtigt oder dasselbe sogar gesundheitschädlich gemacht wird. Um diese Uebelstände zu beseitigen, darf künftig diesen Druckapparaten nur reine, staub- und dunstfreie Luft zugeführt werden, und dürfen die Rohrleitungen, durch welche das Bier geht, nur aus reinem Zinn oder aus Glas bestehen. An den Verbindungsstellen sind wohl Kautschukrohre gestattet, aber nur aus reinem, nicht mit Metallsalzen bearbeitetem Kautschuk. Der Luftdruck ist auf höchstens Einen Atmosphären-Überdruck zu beschränken, und die Benützung von Kohlenäure als Druckmittel ist nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis der Gewerbebehörde zulässig.

— (Pflanzbauten in den Schweizer Seen.) Die infolge des gegenwärtigen abnorm niedrigen Wasserstandes im Bodensee und Züricher-See vorgenommenen Pflanzforschungen haben sehr günstige Resultate erzielt. Die von den vereinigten Gesellschaften der historischen und naturforschenden Vereine des Cantons Thurgau bei dem ehemaligen Kloster Feldbach vorgenommenen Ausgrabungen waren insofern von besonderem Interesse, als die Station Feldbach zu den wenigen zählt, welche nicht durch Feuer zerstört worden sind, während diejenige oberhalb dem Städtchen Steckborn, wie in Robenhäusern, sogar zweimal durch Feuer verbrannt ist, worauf zwei von einander getrennte Kohlen-schichten schließen lassen. Bei Feldbach fand man eine prachtvolle Sammlung von Stein- und Knochenwerkzeugen, Bieraten, Harpunen, ganzen Eßpfen, Keulen, Hörbchen aus Weidengeflecht, Bastgeflecht, Reste von Bison, Biber, Murmelthier, Wild- und Torfschwein, Torfstuh u. s. w. Auch auf der Pflanzbaute oberhalb Steckborn wurde eine kurze Untersuchung vorgenommen. Hier bestand das Ergebnis in einer Menge Gersten- und Weizenkörner, Feldhaden von Hirschkorn, Stein- und Knochenwerkzeugen u. s. w., einer Harpune aus Hirschkorn von ausgezeichnete Schönheit, Bieraten und einer Menge Thierreste. Auf der Pflanzbaute Robenhäusern, der Hauptfundstätte einer sehr mannigfaltigen und entwickelten Flachindustrie, wurden gefunden: faconnierte und einfache Gewebe, Franzen, Geflechte, Schnüre, Lehren von Gerste und Weizen, Messer von Ebenholz u. s. w.

Locales.

— (Landeschulrath.) Dem Vernehmen nach kommt in einer der nächsten Sitzungen des Landeschulrathes zur Berathung der auf Grund des h. Ministerialerlasses vom 4. Juli 1881 dem hohen Unterrichtsministerium vorzulegende Entwurf eines nach Maßgabe der in nächster Zeit realisirten Vorbedingungen, ohne Gefährdung des Gymnasial-Behrzieles, successive einzuführenden Lehrplanes behufs Erweiterung des Lehrgebietes der slovenischen Unterrichtssprache in den unteren Klassen (beziehungsweise ihren Parallelabtheilungen) an den Gymnasien zu Laibach, Rudolfswert und Krainburg.

— (Das Concert der philharmonischen Gesellschaft) zum Besten ihres Fonds findet Mittwoch, den 22. März, um 7 Uhr abends im landschaftlichen Redoutensale statt. Wir machen schon heute auf dieses Concert aufmerksam, da es sich durch Berufung fremder Künstler und durch Vorführung des Damen- und Männerchores zu einem hervorragend interessanten gestalten wird. Es ist nämlich der Direction gelungen, das Schwesternpaar Theresia und Caroline Seydel sowie Frau Prüel aus Wien für diesen Concertabend zu gewinnen. Die Schwestern Seydel, insbesondere Fr. Theresia (Violine), haben überall, wo sie auftraten, glänzende Erfolge errungen. Theresia, eine Schülerin Helmesbergers, debütierte im Jahre 1880 in einem der Concerte der Gesellschaft der Musikfreunde unter Herbeds Leitung mit ganz außergewöhnlichem Erfolge, machte dann in Gesellschaft ihrer hochbegabten Schwester Caroline (Clavier) und der russischen Künstlerin Vera Timanoff eine Concerttournee durch Deutschland und Oesterreich, überall neue künstlerische Ehren ihren Wiener Erfolgen hinzufügend. Die Kritik rühmt insbesondere die Schönheit und Kraft ihrer Tonbildung, die Eleganz der Vogensführung, die Reinheit der Intonation und warme musikalische Empfindung. Auch Frau Prüel ist eine in den Wiener musikalischen Kreisen sehr beliebte und gesuchte Sängerin, und sind es besonders kirchliche Aufführungen, in welchen sich die Sängerin ihre schönsten Erfolge errungen hat. Wir behalten uns vor, das durchwegs interessante Programm nachzutragen und bemerken für heute nur, daß auch Jenseits hier noch nie gehörtes Werk „Adonis-Feier“ zur Aufführung gelangt. — Die Preise für dieses Concert betragen für den Cerclesitz 1 fl. 50 kr., Sitz im Parterre und Gallerie 1 fl., Stehplatz 60 kr. Vormerkungen wollen gefälligst in E. Karingers Handlung veranlaßt werden.

— (Beim „Four fixe“ der slovenischen Literaturfreunde) am letzten Samstag las unter großem Beifall Herr J. Fribar über Puskhin. — Nach diesem Vortrage ward zu Zwecken des Mandelc-Dentmales die Abhaltung von Vorlesungen in der Citalnica beschlossen, welche die Herren J. Fribar, Dr. J. Tavčar und Dr. Zarnik am 19. und 26. d. M. und am 2. April halten werden. — Dr. Zarnik sprach über die jüngst verstorbenen Italiener General Medici und Minister Banza. Auf eine gestellte Anfrage theilte Herr Professor Levec mit, daß die Biographie weil. des Dr. Bleiweis Ritter von Erstenitzki für die neue Auflage des Brodhaus'schen Lexikons demnächst nach Leipzig abgehen werde. Der Chor sang auch diesmal mehrere sehr beifällig aufgenommene Pöden. Der unermüdete Herr Jakob Hafner sammelte die Beiträge für den Narodni dom.

— (Für den krainischen Schulpfennig), bestimmt zur Anschaffung von Lehr- und Vermitteln für arme Schulen und arme Schulkinder ohne Unterschied der Sprache, sind in den in Laibach aufgemachten Sammelbüchsen eingegangen, und zwar in den Sammelbüchsen: in der Tabaktrafik im Bürgerspitalgebäude 1 fl. 62 1/2 kr., „Hotel Elephant“ (Chrsfeld) 2 fl. 3 kr., „Hotel Stadt Wien“ 59 1/2 kr., Café „Balvasor“ 16 1/2 kr., Café „Elephant“ 2 fl. 9 kr., Café „Karl“ (Congressplatz) 1 fl. 22 1/2 kr., Brauhaus Perles 43 1/2 kr., Brauhaus Auer 2 fl. 8 kr., zusammen 10 fl. 24 1/2 kr.

— (Schadenfeuer.) Aus Stein wird uns mitgetheilt: In den letzten Tagen des Februar ereigneten sich im hiesigen Bezirke drei Brandschadenfälle. Am 21. Februar, vormittags 11 Uhr, brannte infolge Spielens der Kinder mit der Herdfeuerung die einzeln stehende Kasse des Alois Lemoni in Zelobnit vollständig nieder. Lemoni erlitt einen Schaden von circa 500 fl., gegen welchen er mit 300 fl. versichert war.

Am 24. Februar gegen 9 Uhr abends äscherte ein aus unbekannter Ursache ausgebrochener Brand das Wohnhaus des F. Lajeve von Gora, Gemeinde Pec, sammt dessen Wirtschaftsgebäuden ein; auch die gesammte Haus- und Wirtschaftseinrichtung desselben gieng zugrunde. Lajeve war auf 600 fl. versichert.

Am 26. Februar gegen 4 Uhr früh äscherten die Flammen eines angeblich von böswilliger Hand gelegten Feuers das Strohdach der achtfenrigen einfachen Harpse des Anton Dučak von Regen zur Hälfte ein, wodurch Dučak einen Schaden von 40 fl. erlitt, jedoch war er affecuriert.

— (Kärntnerlieder.) Das Mitglied des Hofoperntheatrs Herr Thomas Koschat erhielt vom österr. reichischen Gesandten in Dresden, Baron Herbert, ein schmeichelhaftes Schreiben mit der Mittheilung, daß der König von Sachsen die demselben von Herrn Koschat übersendete Sammlung von Kärntnerliedern angenommen hat.

— (Landschaftliches Theater.) Die gestrige Aufführung des „Kaufmann von Venedig“ von Shakespeare zum Vortheile unseres geschätzten Regisseurs Herrn A. Wallhof als „Shylok“ war leider nur schwach besucht, und auch der Erfolg des Abendes kann nur ein schwacher genannt werden. Es ist eben ein großes Wagnis, dieses Schauspiel, das man selbst auf dem Wiener Burgtheater höchst selten gibt, in der Provinz aufzuführen, außer es wären alle Rollen, wenn auch nur „gut besetzt“, was gestern hier nicht der Fall war. Den verhältnismäßig meisten Beifall errang der fünfte, an Effect so reiche Act, in welchem auch dem Benefizianten, der bei seinem ersten Erscheinen freundlichst begrüßt wurde, die große Scene vor dem Richter vorzüglich gelang. Außer Herrn Wallhof spielten auch Fr. Paukert (Porzia), die sehr hübsch ausah, und Herr v. Balájtth (Bassanio) recht verdienstlich; Herr Auspiß (Prinz von Mauritanien) fand für seine brave Leistung einen Hervorruf. Gut war auch der „Kaufmann“ des Herrn Unger. Herr Felix (Graziano) aber hatte diesmal einen unglücklichen Abend.

— („Der lustige Krieg“ in Deutschland.) Das „Berliner Fremdenblatt“ schreibt: „Die 50. Jubelaufführung des „lustigen Krieges“ rief wieder die Premiere in Erinnerung. Hätte Strauß am Dirigentenpult gesessen, so wäre überhaupt kein Unterschied vorhanden gewesen, so begeistert zeigte sich das überfüllte Haus, so schwungvoll und sauber gieng die heitere Operette in Scene.“ Die „Köln. Ztg.“ sagt: „Unter allen lebenden Künstlern ist kaum einer, der für den Frohsinn des mitlebenden Geschlechtes mehr gethan hat, als Johann Strauß.“ Aus München wird berichtet, daß Strauß' „Lustiger Krieg“ bei der Premiere im Gärtnertheater enthusiastische Aufnahme fand; nach jedem Act war rauschender Beifall. Der überall gleich zündende Walzer wurde da capo verlangt. Die Aufführung war vortrefflich.

Neueste Post.

Vom Znsurrections-Schanplatze.

(Officiell.)

Am 9. d. M. sind die Truppen der 47. Division von Ledence, Greben, Ubli und Bratlo unter Commando der Oberste Scharinger, Baron Walthner, Major Bolzano, Kürsinger, Ursprung und Batterer unter lebhaftem Gefechte und mit Ueberwindung außerordentlichster Terrainschwierigkeiten, die Insurgenten auf den Höhen vor sich hertreibend, abends in die Linie Erkovac, Belvirh, Napoda, Ervice eingerückt. Von der 44. Division sind gleichzeitig unter Commando Gm. Rober, Oberst Babich und Oberstlieutenant Monari 2 1/2 Bataillone des Regiments Nr. 16 und 1 1/2 Bataillon des Regiments Nr. 22 über den Golisevac und beiderseits des Drjen aus Zubci über die verschneiten Paßhöhen gegen Bratlo und Ervice vorgemarscht, welche Punkte sie zum Theile abends erreichten, während ein Theil auf Bela Greba über Nacht lagerte.

Von diesen Colonnen stieß die nördlichste, 1 Bataillon des Regiments Nr. 16, am Fuße der Bazua auf bedeutendere Insurgentenbanden, circa 400 Mann, die nach erbittertem Kampfe geworfen wurden. Hierbei fiel leider Major Baron Kulavina, der Bataillons-Commandant; außerdem wurden schwer verwundet: Infanterist Risto Wilic, Samoilo Danicic und Gefreiter Tomo Novakovic. Vom Regimente Nr. 43 blieb ein Mann todt, drei Mann verwundet, deren Namen noch unbekant sind. Vom Jägerbataillon Nr. 3 wurden schwer verwundet: Cadet-Officiers-Stellvertreter Wilhelm Höpfer, Jäger Franz Stocker, Johann Göllelradel, Josef Hanel, Patrouilleführer Michael Haindl; leicht verwundet: Jäger Franz Schnuchenrecker.

Am 10. März giengen die Colonnen der 47sten Division in die Linie Pecina Gora, Han, Ragvozdak, jene der 44. Division sammelten sich bei Ervice. Die Insurgenten, an allen Punkten in kleineren oder größeren Banden auftretend, wichen überall, im allgemeinen gegen Mačja Planina zurück, wo sie, an die montenegrinische Grenze gelehnt, aus großer Entfernung das Feuer bis abends fortsetzten.

Colonne Major Kürsinger, welcher zwei Geschütze und ein Geniezug beigegeben waren, ist nachmittags gegen das Fort Dragalj gerückt und sprengte dieses in die Luft. Aus den Häusern des Ortes Dragalj beschossen, verlor die Colonne drei Schwerverwundete, deren Namen noch unbekannt sind. Abends lagerten die Truppen vorwärts Pecina Gora und Erkovac bei Han auf dem Ragvozdak und bei Ervice. Alle Orte der Krivosije von Bewohnern verlassen, mehrere Häuser verbrannt, Ervice und Dragalj zerstört gefunden. Zahl der Insurgenten im ganzen 900 bis 1000, deren Verlust scheinbar nicht unbeträchtlich,

wenn auch nicht constatierbar, weil sie Todte und Verwundete forttrugen und das Herankommen der Truppen nicht erwarteten. Am Fuße der Bazua wurden 10 Todte, 25 Verwundete deutlich wahrgenommen.

Die Erfolge sind nebst der ausgezeichneten Führung seitens aller Commandanten der über alles Lob erhabenen Tapferkeit und Ausdauer aller Truppen zu danken, welche, die enormen Terrainschwierigkeiten überwindend, den Feind auf den scheinbar unzugänglichsten Höhen aufsuchten.

An Ort und Stelle wurde die Festhaltung der Punkte Erkovac, Han, Sagvozdak, Ervice, Napoda, Ubli und Bratlo und die flüchtige Befestigung und provisorische Instandsetzung des ehemaligen Wachhauses Ervice verfügt. Mit Ausnahme der Truppen der 44. Division bleiben alle Truppen an den genannten Punkten mit entsprechenden Besatzungen, mit dem Gros bei Ervice, und werden von da aus die noch in der Mačja Planina stehenden Banden vertreiben und durch die ganze Krivosije Streifungen ausführen.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 13. März. (Officiell.) Drei von Katinovic, Gačko und Fojnica abmarschierte Truppencolonnen erreichten am 11. März Bribvorica. Sie fanden das durchzogene Gebiet von den Männern verlassen. Das Benehmen der Einwohner war allgemein unfreundlich. Außer kleinen Insurgentengruppen bei Mecocia, Dubrava und Presesovac ward kein Gegner wahrgenommen. Von Foča bis Tientiste wurden keine Insurgenten gesehen; die Ortschaften sind fast gänzlich von den Einwohnern verlassen, letztere sollen nach Montenegro geflüchtet sein. Generalmajor David erreichte am 11ten März das Katinicabeden; er fand nirgends Insurgenten.

Aus Panama meldet „Standard Herald“: Ein furchtbares Erdbeben zerstörte im Staate Costarica die Städte: Alajuela, Sauramon, Grecia Heridia. In Alajuela sind mehrere tausend Menschen getödtet, die Ueberlebenden ohne Obdach.

Wien, 13. März. (Wiener Abendpost.) Sämmtliche Blätter, ohne Unterschied der Parteifarbung, geben heute der patriotischen Befriedigung und der allgemeinen Freude über die wahrhaft glänzende Waffenthat unserer braven Truppen in der Krivosije eben so einmüthigen als erhebenden Ausdruck. Es gibt nur Eine Stimme des Lobes und der Bewunderung für die geniale Anlage und Durchführung der einschlägigen Operationen wie für die heldenmüthige Ausdauer und Hingebung der wackeren Soldaten und ihrer Führer, welche in der Ueberwindung der außerordentlichsten Schwierigkeiten wahrhaft Uebermenschliches geleistet und das ruhmreiche schwarze Banner zu neuen Siegen und neuen Ehren geführt haben.

Theater.

Heute (gerader Tag) zum letztenmale: Der Barbier von Sevilla.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

März	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Himmels	Niederschlag in Millimetern
13.	7 U. Mg.	747.05	+ 7.4	NO.	schwach	theilw. heiter
2	„ N.	746.43	+ 12.8	D.	mäßig	heiter
9	„ Ab.	747.43	+ 5.6	D.	schwach	heiter

Morgens theilweise bewölkt, dann wolkenloser Himmel. Das Tagesmittel der Wärme + 0.1°, um 2 7° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Den Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die Trauernachricht, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsern geliebten Bruder, beziehungsweise Oheim und Großoheim, den Herrn

Eduard Pessiak,
t. l. Oberstlieutenant und Geniedirector in Theresienstadt,

am 13. März 1882 morgens in ein besseres Leben abzuübersetzen.

Laibach am 14. März 1882.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Rundmachung.

Den verehrten P. Z. Casinovereins-Mitgliedern wird hiermit bekanntgegeben, daß am 18. März l. J. in den Vereins-Localitäten ein

Gesellschafts-Abend

mit Tombola und Musik stattfindet.

Aufang halb 9 Uhr abends.

Casinovereins-Direction.

Laibach am 13. März 1882.